

Überzogene Klagewellen

Zu: „Scheuer will Fesseln für die Zivilgesellschaft“, FR-Meinung vom 15.2.

Andreas Scheuer will Fesseln für die Zivilgesellschaft. Dass jetzt die Umweltverbände aufheulen, ist logisch. Aber wenn man Verantwortung bekommt, muss man damit auch sorgfältig umgehen können. Die Klagewellen gegen jedes Vorhaben sind völlig überzogen. Wenn jedes Bauvorhaben, ob Windkraft, Stromtrasse oder Eisenbahnlinie, blockiert wird, fehlt mir jedes Verständnis. Nach meiner Meinung müsste nicht nur das Klagerecht und die Gemeinnützigkeit entzogen werden, sondern auch jegliche finanzielle Unterstützung durch Steuergelder. Andreas Steul, Nidderau

Waffen unter Verschluss

Erwiderung auf „Täglich brutale TV-Krimis zum Nachahmen“ vom 25.2.

Der Beitrag von Wulf Schmiedeknecht spricht mir aus der Seele. Die brutalen Krimis werden immer schlimmer. Eigentlich war ich ein Krimifan. Aber was die Macher einem jetzt zumuten, ist nur was für Verrückte und zum Wegschalten, schade. TV gibt sich aber sicher nichts zu den Spielen im Internet. Da kann man stundenlang jemanden abschießen. Der zweite Aspekt bei den „modernen“ Krimis ist: Spätestens nach zehn Minuten (oder auch schon zur Einführung) wird gebumst. Möglichst mit der Kommissarin. Das erspart den Porno. In noch familienfreundlicher Sendezeit.

Ich befürchte, es laufen noch eine Menge Nachahmer herum. Lasst sie erst mal an Waffen kommen. Waffen gehören in einen Stahlschrank, im Verein, die Nutzer von Psychologen kontrolliert, alle paar Jahre wieder.

Elise Schneider, Bad Orb

Diskussion: frblog.de/hanau

Jüdischer Herkunft

Zu: „Chronik rassistischer Anschläge“, FR-Politik vom 21. Februar

Die Chronik zu rassistischen Anschlägen enthält eine Ungenauigkeit, die leider wichtig ist: Sechs der zehn Verletzten des Anschlags in Düsseldorf am 27.7.2000 waren jüdischer Herkunft.

Martin Wetz Heidelberg

SORRY

Im Leserbrief „Berufsverbote für die Täter“ vom 29. Februar (Leserforum, S. 22) ist uns ein Zahlendreher unterlaufen. Das erstgenannte Jahr ist natürlich 1939 und nicht, wie es da stand, 1993.

Alle Kandidaten verkörpern die CDU von gestern

CDU: „Ich traue Armin Laschet zu, Kanzler einer Jamaika-Koalition zu werden“, FR-Politik vom 27. Februar

Vorschnell und völlig daneben

„Armin Laschet und ich“ sind die ersten Worte des Interviews (mit Christian Lindner, m. Anm. d. Red.). Da ist einer, der nicht an sich halten kann, dabei, das Fell des Bären, der noch gar nicht erlegt ist, zu verteilen. Und wieder mal merkt man, dass der Mann schneller redet, als er denken kann. Dabei ist die Frage, ob er mit seiner Fünf-Prozent-Partei noch in der Lage ist, sich als künftiger Koalitionspartner anzubieten, nachdem er schon einmal gezeigt hat, dass er ein unzuverlässiger Verhandlungspartner ist, der wiederholt durch peinliche Schnellschüsse aufgefallen ist – so bei der Zurechtweisung von FfF (dort lachen sie immer noch über den Tipp mit den Profis) als auch bei seiner vorschnellen Gratulation für seinen Parteifreund und Ministerpräsidenten von Höckes Gnaden Kemmerich. Sein Bekenntnis „Ich kannte die Lage im Thüringer Landtag nicht“ ist erstaunlich für einen, der „unmittelbar für das Krisenmanagement verantwortlich ist“. Wie kann man da dem Wahlsieger gratulieren, der die Peinlichkeit besaß, diese absurde Wahl anzunehmen! Und seine um einen Tag verspätete Krisenintervention in Erfurt stellt er nun als Vorbild von Standfestigkeit und Prinzipientreue dar.

Es ist dem Interviewer zu verdanken, dass er Lindner die richtigen Nachfragen nach seiner Rolle im Erfurter Theater stellte. Die Antworten Lindners zeigen, wie dünn das Eis ist, auf dem er mit seinen Argumenten steht. Immerhin ist ihm zugutezuhalten, dass er sich vor dem Bundestag entschuldigt hat. Da sollte er dann die Konsequenz ziehen und für eine Weile ins zweite Glied zurücktreten und erst einmal zuzusehen, dass er seine FDP bei der nächsten Bundestagswahl über die Fünf-Prozent-Hürde bekommt. Aber schon jetzt die künftigen Koalitionspläne des noch nicht gewählten CDU-Vorsitzenden vorzugeben –



Kandidat für den CDU-Vorsitz: Armin Laschet.

DPA

mal wieder typisch Lindner: vorschnell und völlig daneben.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Armin Laschet, bleib bei deinem Leisten

Armin Laschet mag ja in NRW bisher einen guten Job machen. Aber reicht das, um ein Land wie Deutschland ganzheitlich zu regieren und in Europa sowie weltweit zu vertreten? AKK musste es erleben, es reicht natürlich nicht. Laschet hat in den vergangenen Jahren keinerlei Widerspruch gegen seine Förderin Angela Merkel gefunden, trotz aller Fehlentscheidungen zu Lasten Deutschlands unter ihrer Kanzlerschaft. Er ist halt ein treuer Parteisoldat, aber keinesfalls ein weltoffener und auf der internationalen Bühne erfahrener Parteivorsitzender und möglicher Kanzler Deutschlands.

Als fröhlicher Rheinländer sollte er unbedingt bei seinem Leisten dort bleiben. Denn sollte er CDU Vorsitzender werden, wird sich an der alternativlosen merkelschen Mehlaupolitik der inzwischen entkernten deutschen Demokratie hin zu einem beinahe schon zentralistischen Staat infolge von mehreren folgenschweren Einzelentscheidungen einer machtbesessenen

Kanzlerin nichts ändern. Ein „Weite so“ steht uns dann bevor. Das Schlimme daran ist aber auch: Die autoritätsverliebten Untertanen loben die dafür verantwortlichen Politiker noch dafür. Manfred Zottmann, Frankfurt

Merkels politische Leichen kommen aus dem Keller

Je näher der politische Abschied von Bundeskanzlerin Merkel rückt, umso mehr wagen sich in der CDU aus der Deckung. Nun hat auch Norbert Röttgen, der bereits seit rund einem Vierteljahrhundert im Bundestag sitzt, seinen Hut in den Ring geworfen und seine Bewerbung um den Parteivorsitz angemeldet.

Mit Angela Merkel verbindet Norbert Röttgen eine lange, sehr wechselvolle Geschichte. Röttgen ist, wie Friedrich Merz, eine besondere „Kerbe in Merkels Colt“. Der ehemalige Vorsitzende der NRW-CDU galt einmal als Hoffnungsträger. Bei der Landtagswahl 2012 erlebt er sein politisches „Waterloo“. Die CDU stürzte auf ein historisches Tief. Merkel schmiss ihn daraufhin kurzerhand aus dem Kabinett und entledigte sich mit dieser Aktion gleichzeitig einem potenziellen Konkurrenten um die Macht in der Partei.

Die „politischen Leichen“ Merkels kommen nun, kurz vor ihrem Scheiden, nach und nach aus dem Keller. Norbert Röttgen verkörpert ebenso wie Friedrich Merz oder Armin Laschet die CDU von gestern. Es ist schwer vorstellbar, dass diese Politiker, die in der Vergangenheit nicht die Courage aufgebracht haben, eine zeitweilig allmächtig agierende Vorsitzende in ihre Schranken zu verweisen, den dringend erforderlichen Wandel in der CDU nachhaltig vollziehen können. Die CDU bräuchte eine echte Führungspersonlichkeit.

Armin Laschet und Jens Spahn ist im Kampf um den Parteivorsitz ein Überraschungscoup gelungen. Laschet, ein Verfechter des eher Mitte-links-orientierten Merkel-Kurses, hat im Rennen gegen Friedrich Merz und Norbert Röttgen den als eher konservativ geltenden Spahn als Beifahrer engagiert, der die Anhänger aus dem Mitte-Rechts-Spektrum mobilisieren soll. Für Merz und Röttgen dürfte es nicht einfach werden, ein solch breites Spektrum zu erreichen.

Den neuen CDU-Vorsitzenden erwartet eine Herkulesaufgabe. Die CDU befindet sich nach zwei Jahrzehnten Angela Merkel in der schwersten Krise ihrer Geschichte. Der frühere Anspruch der CDU, das Volk in seiner Mehrheit zu repräsentieren, ist obsolet geworden. Dem positiven Denken über Zukunft und Fortschritt, das die CDU in früheren Zeiten geprägt hat, ist mittlerweile Skepsis und Angst gewichen. Unter Merkels Führung ist eine exorbitante gesellschaftliche Ungleichheit und ein deutliches Erstarken des politischen Extremismus entstanden. Die Partei erlebt nun, wohin es führt, Konturlosigkeit zum einzigen Markenzeichen zu machen. Merkels politische Grundstrategie lautete „asymmetrische Demobilisierung“. Die sorgte jahrelang dafür, dass Anhänger anderer Parteien wenig Grund sahen, zur Wahl zu gehen. Alfred Kastner, Weiden

Diskussion: frblog.de/akk-fertig

Der Bundesfinanzhof ist nicht auf der Höhe der Zeit

Zu: „Attac unterliegt vor Finanzgericht“, FR-Politik vom 27. Februar

Gemeinnütziges Engagement wird dringend benötigt

Der Bundesfinanzhof operiert nicht nur mit einem Bildungsbegriff, der sich nicht auf der Höhe der Zeit befindet. Unpolitisches gesellschaftlich-gemeinnütziges Engagement gibt es nicht. Dem Bundesfinanzhof ist zu empfehlen, sich Gedanken zum Politikbegriff zu machen: Politik ist das, was unser Leben regelt. Die „Politik“ setzt sich mit politischen Dingen des Ganzen auseinander. Gut, wenn sich damit viele Menschen beschäftigen. Das muss nicht unbedingt nur in Parteien erfolgen. Attac nervt – nicht nur Parteien.

Haben Finanzgerichte, der Bundesfinanzhof und nicht zuletzt z.B. Finanzämter nicht ge-

nug damit zu tun, eine Besteuerung entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von großbetrieblichen Einheiten, die unzureichend besteuert werden, durchzusetzen? Warum wird durch die Nichterhebung der Vermögensteuer seit einem Vierteljahrhundert Großvermögen geschont? Das wären die vorrangigen Aufgaben des Fiskus – und nicht vor allem im linken und kritischen Spektrum zu verortende gemeinnützige Strukturen zu bedrängen und ihnen auf fadenscheinige Weise die Gemeinnützigkeit abzuerkennen und damit die wirtschaftliche Basis für notwendiges gesellschaftliches Engagement zu nehmen. Gerade nach den rassistischen Morden in Hanau ist nicht hinnehmbar, dass auch dem antiras-

sistischen „Bund der Antifaschisten“ durch ein Berliner Finanzamt die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde. Eine auch durch steuerlich abzugsfähige Spenden finanziell gut ausgestattete agile Organisation wie Attac wird heute dringender denn je benötigt.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Bis schließlich keiner mehr da war

Als Attac Umsatzsteuern auf Finanzgeschäfte forderte, wurde ihr die Gemeinnützigkeit aberkannt. Ich habe nicht protestiert, denn ich habe ja keine Aktien. Als Campact gegen das große NATO-Manöver mobilisierte, wurde ihr die Gemeinnützigkeit aberkannt. Ich habe nicht protestiert, denn mein Wohnort wird ja nicht ge-

schädigt. Als Mitglieder der VVN-BdA gegen ihre Berufsverbote klagten, wurde dem Bund der Antifaschisten die Gemeinnützigkeit aberkannt. Ich habe nicht protestiert, denn ich habe ja einen sicheren Arbeitsplatz. Als die Deutsche Umwelthilfe erfolgreich Fahrverbote einklagte, wurde ihr die Gemeinnützigkeit aberkannt. Ich habe nicht protestiert, denn ich habe ja kein Auto. Als Sportvereine sich um Flüchtlinge kümmerten, wurde ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt. Ich habe nicht protestiert, denn ich bin ja nicht im Sportverein. Als die NaturFreunde ihre Häuser für Neonazis sperrten, wurde ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt. Da war keiner mehr da, mit dem ich protestieren konnte.

Rolf Weck, Kassel